

# Ein demokratischeres Indonesien ist die Richtung

Im Jahr 1995 erinnerte sich das indonesische Volk an den 50. Jahrestag seiner Unabhängigkeit. 50 Jahre sind also bereits vergangen, seit sich das indonesische Volk vom Kolonialismus befreit hat. Die Freiheit, war nicht plötzlich vom Himmel gefallen ist, sondern wurde durch einen langen Kampf, der viele Opfer kostete, herbeigeführt. Es bestand die Erwartung, daß das indonesische Volk ohne Angst in einem demokratischen, gerechten und sozialem Land leben sollte. Doch leider gingen diese großen Wünsche nicht in Erfüllung. In der jetzigen Situation gibt es nur wenige Menschen in Indonesien, die in der Lage sind, diese Freiheit zu genießen. Dazu gehören die Elite und die Machthabenden sowie die Unternehmer; sie profitieren sehr viel mehr von den Möglichkeiten und Strukturen des Staates als von einem auf gesundem Wettbewerb basierendem Staat. Das Volk dagegen ist noch weit entfernt von dem, was es sich einst erhofft hat.

## Die Realitäten?

Seit die Regierung der "Neuen Ordnung" 1966 an die Macht gelangt war, hat die Regierung erklärt, daß sich Indonesien in einer Notstandssituation befindet, und daß das Militär deshalb die Legitimation besitze, sämtliche Strukturen des Staatswesens zu kontrollieren. Doch hat sich jetzt der Einfluß des Militärs auf Politik und Wirtschaft bereits reduziert, obwohl auch in Zukunft viele Militärs noch über Macht in allen Bereichen des Staates verfügen werden. Auf der politischen Ebene werden von der Exekutivmacht kontinuierlich Gesetze und Regelungen hervorgebracht, die ihre eigene Position, wie auch die Position von denen, die der Macht nahe stehen, stärken. Diejenigen, die der Macht gegenüber kritisch sind, werden allerdings ausgetrickst und betrogen. In der Wirtschaft haben die kleinen Unternehmen keine Chance, sich zu entwickeln. Die Löhne der ArbeiterInnen werden so niedrig wie möglich gehalten, um für Investoren attraktiv zu bleiben. Genauso wird in der landwirtschaftlichen Produktion verfahren, wo die Preise für die Erzeugnisse gering gehalten werden, um viele Kleinbauern zu zwingen, ihre Matten zusammenzurollen und Landarbeiter zu werden. So kann man sehen,

wie die Diskrepanz in den sozioökonomischen Strukturen sehr groß wird und die Reichen sich weiter bereichern, während es für die Armen immer schwieriger wird, aus ihrer Armut herauszukommen. Auf dem Gebiet der Soziokultur gilt nach wie vor die Kultur des Feudalismus als vertretbar. Das Volk soll seinen Führern gehorchen bzw. es darf keine Kritik offen gegenüber der Führung artikuliert werden. Die "Kultur der Korruption" hat sich so üppig entwickelt, daß sie inzwischen



in breiten Teilen der Gesellschaft für etwas "Natürliches", geradezu Selbstverständliches gehalten wird. Das gleiche gilt für den Medienbereich, der streng kontrolliert wird, von den Tageszeitungen über Bücher bis hin zu Radio und Fernsehen. So wird es auch mit öffentlichen Podiumsdiskussionen, Seminaren und allen Formen von Veranstaltungen gehalten, an denen mehr als fünf Perso-

nen beteiligt sind: man braucht eine Genehmigung. Und selbst wenn man eine Genehmigung erhalten hat, bedeutet das noch nicht, daß das Programm so laufen kann, denn falls in dem Programm etwas Kritisches gegen die Machthabenden vermutet wird, kann die Veranstaltung sofort und direkt aufgelöst werden.

## Die objektiven Bedingungen

Die hier geschilderte repressive Situation hat nicht zur Folge, daß es niemand mehr gäbe, der seine Stimme für die Interessen der kleinen Leute oder des Volkes erhebt. Die Menschenrechtsverletzungen werden ebenso scharf kritisiert wie die Politik der Regierung, von der eben nur die elitären Machthabenden und die Unternehmer profitieren. Doch je repressiver die Situation sich darstellt, desto größer wird die Zahl derer, die härter, offener und qualitativer Kritik üben; ihre Front wird breiter. Dafür können wir u.a. folgende Anzeichen sehen:

1. Der globale Strukturwandel nach dem Ende des Kalten Krieges hat es den westlichen Industriestaaten ermöglicht, Druck auf die indonesische Regierung auszuüben. Die Frage der Menschenrechte wird einerseits in allen Vereinbarungen über Zusammenarbeit mehr beachtet, und andererseits ist auch die Berichterstattung über Menschenrechtsverletzungen in den Massenmedien dieser Länder intensiver und häufiger geworden.

2. Als Ergebnis der direkten Konflikte zwischen den Machthabern und dem Volk (wie z.B. im Fall der Landenteignungen bei geringfügiger Kompensation), oder wie in der Frage der zu niedrigen Arbeitslöhne hat sich ein Prozeß entwickelt, in dem die Menschen sich ihrer Rechte bewußter geworden sind und sich nun um so kritischer gegen die Politik der Machthaber wenden.

3. Die StudentInnen, die einerseits lange durch die Regelung zur "Normalisierung der Campuspolitik" (Normalisasi Kebijakan Kampus = NKK) sprachlos gemacht worden sind, und andererseits die Realität gesehen haben, daß viele Divergenzen zum Volk durch die Machthaber durchgesetzt worden sind, haben nun den Mut gefunden, gegen die Ungerechtigkeiten zu protestieren. Sie sind angetreten, sich um die Probleme zu kümmern, die die kleinen Leute betreffen, und gleichzeitig fordern sie die Unabhängigkeit für sich selbst auf dem Campus.

4. Ähnliches geschieht in der Gruppe der Intellektuellen. Je mehr sie in Schwierigkeiten geraten, desto deutlicher formulieren auch die Intellektuellen, was an Bestrebungen von unten kommt.

5. Nachdem die Aktionen der StudentInnen, der ArbeiterInnen und der enteigneten Bauern und auch vieler Intel-

lektueller, die von den geschilderten Problemen betroffen waren, so gut gelaufen waren, hatten diese Ereignisse eine unterstützende Wirkung auf die Massenmedien ausgeübt, sie konnten nun vermehrt über die von unten kommenden Bestrebungen und die Menschenrechtsverletzungen berichten. Außerdem gibt es viele alternative Massenmedien, die deutlich und klar über die Verfehlungen der Mächtigen schreiben.

6. Wenn man diese Veränderungen betrachtet, sieht man, daß es auf der Seite der Machthaber einen Unterschied in der Bewertung dieser neuen Situation gibt. Deshalb hört sich ihre Stimme in der Öffentlichkeit nicht mehr wie noch vor fünf Jahren an, sondern sie unterscheidet sich sowohl auf der Ebene der Bürokratie, des Militärs wie auch der Parteien. Auf der einen Seite gibt es diejenigen, die am Status quo hängen, auf der anderen Seite gibt es welche, die eine Veränderung in Richtung mehr Demokratie wünschen.

## Die subjektiven Bedingungen

Die Kritik an Menschenrechtsverletzungen und dem unzureichenden Prozeß der Demokratisierung, die Forderungen nach einer Veränderung des Regierungssystems, die von den pro-demokratischen Gruppen gestellt werden, dies alles wird von der Seite der Machthaber nur negativ verstanden. KritikerInnen der Macht bekommen oft Schwierigkeiten. Diejenigen, die an Protestaktionen teilnehmen, werden eingeschüchert, fliegen aus ihren Jobs und nicht wenige landen anschließend im Gefängnis. Obwohl Regelungen bestehen, die den Spielraum der KritikerInnen einschränken, wird weiter so verfahren, daß Ordnungsgesetze herausgegeben werden, die Genehmigungen ein Problem bleiben und Gesetze für die Nicht-Regierungs-Organisationen bestehen; und jetzt wird gerade eine Regelung für Demonstrationen fertiggestellt.

Dennoch werden kontinuierlich Aktionen für die kleinen Leute und ArbeiterInnen durchgeführt, bei denen ihre Rechte eingefordert werden. Die pro-demokratischen Gruppen kritisieren und fordern nicht nur, sondern sie zeigen auch den Weg alternativer Antworten und Lösungen auf. Sie verbreiten ihre Ansichten durch Papiere, die zur Diskussion beitragen, sowohl in Seminaren wie auch in Form von kleinen Büchern. Einige alternative Lösungsvorschläge, für ein Indonesien, das sich mehr in Richtung Demokratie bewegt, sind von Einzelpersonen und Gruppen angefertigt worden. Die gemeinsamen Punkte sind unter anderem:

Die Rolle des Militärs im politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich muß reduziert werden. Das Militär soll zu seiner Basis zurückkehren, wo es seine Rolle in der Landesverteidigung spielt. Die jetzige Wirtschaftspolitik ist

ein Überbleibsel aus der Zeit der Trickle-down-Theorie, die mit der Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung von oben zusammengeht. Ihre Priorität sollte nicht auf Hochtechnologie gerichtet sein, sondern auf die Arbeitsressourcen (Schaffung von Arbeitsplätzen) und die Beachtung der Umwelt sowie auf eine Ausrichtung auf die Bedürfnisse der breiten Massen, den Durchschnitt. Was die Regierungsbildung betrifft, sollte ein Präsident nur noch zweimal kandidieren dürfen. Die Zusammensetzung der Mitglieder des nationalen Parlaments und der Regionalparlamente soll durch einen demokratischen Mechanismus geregelt werden, durch eine allgemeine und öffentliche Wahl ohne Eingriffe der Machthabenden. Die Veränderung der Wahl- und Parteiengesetze soll zu einem Mehrparteiensystem ohne weitere Einschränkungen führen. Es soll allgemeine Organisationsfreiheit geben, die mit den Bedürfnissen und Bestrebungen von unten übereinstimmt. Die Menschenrechte sollen einen hohen Wert bekommen und respektiert werden. Meinungsfreiheit sowie Freiheit der Presse und der anderen Medien, die für den Ausdruck der eigenen Meinung genutzt werden können. Neue Agrargesetze sind notwendig, um die Interessen der Bauern zu schützen. Die Funktion der Bürokratie soll in eine Dienstleistung für die Gesellschaft zurückgeführt werden, sie soll nicht weiter in ihrer Rolle als Diener der Mächtigen fortbestehen usw.

Doch wenn man hier die Gemeinsamkeiten zwischen den hier angesprochenen Problemen und den Alternativvorschlägen sucht, fällt es nicht schwer, weil fast alle beschriebenen Probleme von einem Standpunkt aus betrachtet werden, der sich nicht sehr davon unterscheidet. Ob man diese Probleme und die Überlegungen zu ihrer Lösung von der Sicht einer religiösen, einer nationalistischen oder einer unabhängigen Gruppe aus sieht, es gibt keinen großen Unterschied. Doch gibt es Unterschiede in der Umsetzung oder in den Methoden, wie man sich diesen Problemen nähert. Es gibt allerdings eine Meinungsverschiedenheit über die Verfassung von 1945, die aber nur unzureichend umgesetzt wurde. Eine Position besagt, daß es detaillierterer Erklärungen bedarf, damit sie nicht falsch interpretiert oder falsch gedeutet wird. Gleiches gilt für den Bereich des Militärs, von dem zuerst gesagt wurde, daß es so schnell wie möglich zu seiner Basis zurückkehren sollte, während andere wünschen, daß dieses stufenweise geschehen sollte. Ähnlich ist es mit dem Zentralismus, bei dem die eine Position die Priorität auf eine konsequente Anwendung der bestehenden Regelungen legt, und einen besseren Verbindungsmechanismus zwischen dem Zentrum und den Regionen schaffen will, während die andere Position wiederum mehr auf

Autonomie und Dezentralisierung setzt. Was sie sich auch immer vorstellen mögen, der Wandel des Regierungssystems und des Staatswesens, von wo er auch kommen mag und obwohl es jetzt noch kleine Unterschiede gibt, wird von allen schon gewollt. Alle stimmen darin überein, daß diese Gruppen, die den Wandel wollen, als pro-demokratische Gruppen bezeichnet werden können. Diejenigen, die die Handlungen der Machthabenden für richtig halten, werden jetzt als Status-quo-Gruppen kategorisiert.

Wenn man die aktuelle Situation der pro-demokratischen Gruppen beobachtet, kann man zu der Meinung gelangen, daß es viel Sympathie aus dem Kreis der Presse und Massenmedien, und, was noch viel wichtiger ist, daß es große Unterstützung aus der Bevölkerung gibt. Und dies geschieht, obwohl von den Regierenden immer versucht wird, diese Gruppen mit verschiedenen Methoden in eine bestimmte Ecke zu drängen. So werden z.B. einige Persönlichkeiten als Dissidenten verstanden. In einer der letzten Erklärungen des Chefs für Sozialpolitik bei den Bewaffneten Streitkräften Indonesiens (ABRI) tauchte die Befürchtung auf, daß sich eine sogenannte "Organisation ohne Form" (Organisasi Tanpa Bentuk=OTB) weiter entwickeln und die Regierung gefährden könnte. In diese OTB wären u.a. eingetreten: Abdurrahman Wahid, Arif Budiman, George Aditjondro, Buyung Nasution, Sri Bintang Pamungkas und andere. Aber nach der Lektüre dieser Erklärung wurde höflich geantwortet, daß sie keine OTB seien und deshalb wurde diese Erklärung zu einem Bumerang. So wurde ABRI angeklagt, daß das Militär die Atmosphäre erst gefährlich gemacht hätte und regierungskritische Personen in die Ecke gedrängt würden. Diejenigen, deren Namen dort genannt wurden, forderten, daß der zuständige Chef von ABRI dafür vor Gericht sollte. Das bedeutet, daß die Gesellschaft nicht mehr so leicht durch politische Manöver seitens der Regierung getäuscht werden kann. Die Gesellschaft kann inzwischen viel besser unterscheiden, wer Recht hat und wer nicht.

Der Prozeß der Demokratie, der von den Regierenden angeschoben wurde, ist nur schwer wieder einzudämmen, weil das Bedürfnis nach Demokratie schon zu groß ist und das Bewußtsein über die eigenen Rechte in der Bevölkerung schon recht hoch ist. Doch wenn dieser Prozeß fortgesetzt wird, wird er zu einem breitem Weg in Richtung eines demokratischeren Indonesien führen.

### A. Laksana und Agus Setiawan

*Die Autoren sind freie Mitarbeiter der Südostasien Informationenstelle. Letzterer hat an der Redaktion dieses Heftes mitgearbeitet. Übersetzung aus dem Indonesischen Bernd Schulte.*